Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtrag- 55 Pfg. Alle Postanstalten nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Tarif- und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 78. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, 2. April 1925

Koloniale Wiederherstellung.

In den Eröffnungsreden zur Deutschen Kolonialausstellung in Berlin ist mit Bitterkeit darauf aufmerksam gemacht worden, daß der deutsche Wunsch, bei Eintritt in den Völkerbund grundsätzlich auch als koloniale Mandatarmacht anerkannt zu werden, in Genf nicht einmal einer Antwort gewürdigt wurde. Diese Stellungnahme oder vielmehr dieses Schweigen des Völkerbundes illustriert wieder einmal mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, wie diese Vertreter des Bundes der Nationen die Frage der deutschen Kolonien auch weiterhin zu behandeln entschlossen sind. Diese Handlungsweise läßt sich ja wie so vieles andere auf den einfachen Generalnenner bringen, daß man in Genf an eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands gar nicht denkt.

Schon die Begründung, unter der man im Versailler Vertrag Deutschland die Kolonien raubte, ist nicht nur der Ausdruck der Heuchelei, sondern auch — traurig und schmerzlich. Die Entente berief sich nämlich dabei auf die deutschen Kolonialskandale, die aus politischen Gründen außerordentlich aufgebauscht waren, in Wirklichkeit aber an das, was in englischen, französischen oder belgischen Kolonien geschehen ist und ungestraft geschehen konnte, auch nicht im entferntesten heranreichen. Viele Übertreibungen hat selbst mancher zugegeben bei Dr. Karl Peters' Tode, der diesen Mann einst bitter bekämpfte. Und wie wenig all die Vorwürfe einer schlechten Behandlung der Eingeborenen zutrafen, dafür ist doch das Verhalten dieser Eingeborenen in dem Verteidigungskampfe unserer Kolonien ein uns immer wieder tief ergreifender Beweis: vier Jahre hindurch haben die Schwarzen in Deutsch-Ostafrika uns die Treue gehalten, und in den andern Kolonie geschah eben solange, bis der letzte deutsche Verteidiger in die Gefangenschaft gehen mußte.

Überhaupt ist das Verhalten des Völkerbundes zur Kolonialfrage lediglich von machtpolitischen Erwägungen diktiert trotz all der vielen Phrasen, die dieses Verhalten umbrämen. Es ist beispielsweise lediglich aus diesen Erwägungen heraus zu verstehen, wenn Syrien gegen seinen energisch geäußerten Willen unter das Kolonialmandat Frankreichs gestellt wurde, während sich Arabien der sogenannten Selbstbestimmung erfreuen kann. Syrien ist aber kulturell und wirtschaftlich jenen Gegenden, wo der König Hussein und seine Söhne herrschen durften, unendlich überlegen — worauf es aber gar nicht ankam. Denn Frankreich hatte eben nicht bloß den Willen, Syrien zu seiner Kolonie zu machen, sondern auch die Macht dazu.

Auch die Verteilung der afrikanischen Kolonien Deutschlands ist ja lediglich von diesem machtpolitischen Standpunkt aus zu beurteilen. Auf der Ostseite ist England als Mandatar eingesetzt worden, um das letzte Stück Land an den Küsten des Indischen Ozeans zu erhalten, das noch nicht englischer Besitz war, und um die Linie Kap—Kairo zu einer ununterbrochenen zu machen. Und im Westen hat Frankreich sein nordafrikanisches Kolonialreich vervollständigen können. Viel unangenehmer war schon, daß der Japaner auf einen Teil der deutschen Südseeinseln Beschlag legte, nur ein schneller Zugriff Australiens konnte ein weiteres Vordringen Japans verhindern.

Die koloniale Teilung der Erde ist so gut wie ganz vollzogen und kaum noch irgendeine der europäischen, amerikanischen oder asiatischen Mächte bereit, territorial nun etwa deutschen Wünschen irgendwie Genüge zu leisten. Darum wird man sich in Genf wohl auch bis auf das äußerste sträuben, dem deutschen Verlangen nach grundsätzlicher Gleichberechtigung nachzugeben, weil hieraus dann deutscherseits allzu leicht der Wunsch abgeleitet werden könnte, nun jene Länder wieder zurückzuerhalten, die wir kulturell zur Blüte geführt hatten und die mit deutschem Blut getränkt worden sind. Dabei gibt es Mächte in Europa, die volkspolitisch und wirtschaftlich gar nicht in der Lage sind, kulturell fördernde Kolonialpolitik zu treiben. Immer wieder denkt man dabei an die portugiesischen Kolonien, namentlich in Afrika, die von einer Rückständigkeit sind, daß diese eben nur durch die — Mitgliedschaft Portugals beim Völkerbund entschuldigt werden kann. Waren doch diese Kolonien schon einmal Gegenstand von Verhandlungen zwischen Deutschland und England; der Versuch, darüber zur Einigung zu kommen, ist aber gescheitert.

Es kommt uns hier nicht auf die Feststellung der für uns weit drängender gewordenen wirtschaftlichen Notwendigkeit an, den schweren Verlust an Rohstoffgebieten, den uns der Versailler Vertrag auferlegt hat, wenigstens in etwas zu mildern. Wichtig ist für uns vielmehr jetzt nur die deutliche Hervorkehrung unseres Verlangens, bei einem Eintritt in den Völkerbund von den anderen Völkern Ernsthaftigkeit in der Frage der Gleichberechtigung zu verlangen, d. h. also grundsätzliche Anerkennung Deutschlands in seiner Berechtigung, koloniale Mandatarmacht zu sein. Denn das, was man in Versailles beschloß, ist nicht nur ein Raub deutschen Gebietes, die Beschuldigungen sind vielmehr ein Flecken auf der deutschen Ehre vor der ganzen Welt. Diesen zu tilgen ist nicht minder wichtig, als gegen die Beschuldigung, den Krieg verursacht zu haben, anzukämpfen. Wir haben mit den Kolonien große reale Werte verloren; aber es wäre auch noch ein großer idealer Wert zu verlieren, wenn wir uns dem fügen würden, vom Völkerbund auch künftighin als eine Macht behandelt zu werden, die nicht wert ist, Kolonialpolitik zu treiben.

Vor dem zweiten Wahlgang.

Das Zentrum schlägt Dr. Marx zum Einheitskandidaten vor.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 1. April. Wie die Telunion erfährt, hat der Reichsparteivorstand des Zentrums, soweit seine Mitglieder in Berlin anwesend sind, den Beschluß gefaßt, an die anderen Parteien und zwar nicht nur an die Sozialdemokraten und Demokraten, sondern auch an die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Bayrische Volkspartei heranzutreten und ihnen offiziell Herrn Dr. Marx als Einheitskandidaten für die Reichspräsidentenwahl vorzuschlagen. Dieser Vorschlag ist den Parteien durch die Abgg. Joos, Schreiber und Herold mitgeteilt worden. — Durch den mit offensichtlicher Eile gefaßten Beschluß des Zentrums ist jedoch fast vollständig sicher darauf zu rechnen, daß am 26. April der Entscheidungskampf zwischen Jarres und Marx geführt wird. Die Aussichten sind naturgemäß sehr schwer abzuschätzen und in beiden Lagern hat man für den 26. April große Siegeszuversicht.

Thälmann auch im zweiten Wahlgang.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 1. April. Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat beschlossen, für den zweiten Wahlgang wieder Ernst Thälmann als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

Wahl des preuß. Ministerpräsidenten

tu. Berlin, 31. März.

Der interfraktionelle Ausschuß des Preußischen Landtags hat vor der heutigen Plenarsitzung eine lang anhaltende Beratung über die Stellung der einzelnen Fraktionen zu der Kandidatur des Ministerpräsidenten abgehalten. Das Zentrum hatte sich in seiner Fraktionssitzung dahin schlüssig gemacht, daß es nicht für Braun stimmen, vielmehr an der eigenen Kandidatur Hirtsiefer festhalten wolle. Die Sozialdemokraten regten die Wahl des Demokraten Höpker-Aschoff an, der z. Z. Finanzminister im Geschäftsministerium ist. Schließlich stimmten sämtliche drei Fraktionen der Weimarer Koalition diesem Vorschlag zu. Die Rechtsparteien einigten sich dahin, den früheren Entwaffnungskommissar Dr. Peters als Ministerpräsidenten zu präsentieren, während die Kommunisten den Abg. Pieck als Ministerpräsidenten vorschlugen.

Um 6.10 Uhr verkündet Präsident Bartels das Ergebnis des ersten Wahlganges. Es wurden abgegeben 436 Stimmen, unbeschrieben waren 6 Stimmzettel. Die absolute Mehrheit beträgt also 216. Es haben erhalten:

Dr. Höpker-Aschoff	211 Stimmen
Dr. Peters (Rechtsp.)	176 Stimmen
Pieck (Komm.)	43 Stimmen

Präsident Bartels teilt mit, daß Stichwahl zwischen Dr. Höpker-Aschoff und Dr. Peters stattfinden muß.

Die Auffassung Belgiens.

Brüssel, 1. April. Nach dem „Eige Belgique" steht die belgische Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die deutschen Garantievorschläge sehr beachtenswert sind. Sie hat diese Auffassung der französischen Regierung auf diplomatischem Wege mitgeteilt und dabei betont, sie lege großen Wert darauf, daß der Pakt im Rahmen des Völkerbundes abgeschlossen werde.

Katastrophe im Manöver.

Berlin, 31. März, abends.

Nach einem Telegramm aus Detmold fand an der Oberweser in der Nähe der Stadt Hausberge eine große Felddienstübung der Reichswehr statt, an der die Ausbildungsbataillone der Infanterieregimenter Nr. 16 und 18 aus Osnabrück und Detmold, 3 Bataillone des Infanterieregiments Nr. 18 aus Osnabrück und Hameln, das Pionierbataillon Nr. 6 aus Minden, eine Abteilung des Artillerieregiments aus Minden sowie die Fahrabteilung Nr. 6 aus Hannover und Teile der Reiterregimenter Nr. 13 und 15 aus Paderborn und Hannover teilnahmen. Im Verlaufe dieser militärischen Übung ereignete sich ein Massenunglück. Eine von den Pionieren über die Weser gebaute Brücke stürzte gerade in dem Augenblick ein, als sie von großen Truppenverbänden passiert wurde. Die Soldaten, die in vollkommen feldmarschmäßiger Ausrüstung waren, stürzten ins Wasser und viele sind ertrunken. Die Zahl der Opfer wurde zu Anfang auf 50—100 angegeben.

Nach einer später amtlich von der Pressestelle des Reichswehrministeriums, das nachmittags noch nicht über das Unglück informiert war, ausgegebenen Meldung stellte sich das Unglück als weniger weittragend dar. Nach dieser Mitteilung sank bei einer Standortübung in der Gegend von Minden, an der vier Bataillone, eine Artillerieabteilung, Teile einer Fahrabteilung und das Pionierbataillon Nr. 6 teilnahmen, beim Übergang über die Weser eine anscheinend überlastete Fähre. Ein Offizier und einige Leute der Kraftfahrabteilung 6 würden vermißt. Zu den Rettungsarbeiten wurden Reichswasserschutz und Strombauverwaltung herangezogen.

*

Hannover, 1. April. Der Vertreter der Telunion, der am späten Abend von der Unfallstelle bei Veltheim a. d. Weser zurückkehrte, erfährt noch weitere Einzelheiten von der Katastrophe. Der Leiter der Geländeübungen, Oberstleutnant von Cochenhausen von der 2. Abteilung des Artillerieregiments Nr. 6 in Linden, gibt bereitwilligst Auskunft. Danach ist das Rekrutenbataillon des Infanterieregiments Nr. 18 in Detmold am schwersten in Mitleidenschaft gezogen worden. Etwa 50 bis 60 Mann und zwei Offiziere dürften als versunken gelten. Darunter befinden sich einige Leute der Kraftfahrabteilung Nr. 6 in Münster. Von zwei Zivilpersonen, die sich mit der Fähre übersetzen lassen wollten, ist ein Kaufmann aus Warenhold ertrunken. Das Unglück ist nach den bisherigen Feststellungen auf das Kentern der Fähre zurückzuführen, weil die Kuppelung der Pontons innerhalb der vier Verbindungskähne durchgerissen wurde. Die sehr scharf fließende Weser, die an der Unglücksstelle etwa 75 Meter breit ist, wird auch ihren Teil an dem Unglück haben. Die Pioniere aus Minden haben unter Aufbietung aller Kräfte und Mittel versucht, zu retten, was zu retten war. Es sind etwa 70 Mann zu Tode erschöpft, aber lebend aus dem Wasser gezogen worden. Erst der heutige Tag kann ein völlig klares Bild über die Ursachen bringen. Die Untersuchung wird an Ort und Stelle fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

(43. Sitzung.) CB. Berlin, 31. März.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung in der Unfallversicherung. Zur Begründung führte Staatssekretär Geib aus, es handele sich in der Hauptsache um einen Ausbau der Leistungen, besonders der Sachleistungen. Auch der Unfallschutz werde verstärkt, die Berufsfürsorge ausgedehnt, die Wiederverwendung des Verletzten in die Wege geleitet. Auch vorbeugende Maßnahmen würden getroffen. Der Entwurf beseitige das Vorladewesen und stelle die alten Renten auf Reichsmark um. Der Entwurf ziehe es aber vor, von der Ausdehnung der Unfallversicherung abzusehen, die einem späteren Gesetzentwurf vorbehalten bleiben soll.

Abg. Janschek (Soz.) meinte, der Entwurf biete zwar einige Verbesserungen. Diese sollten aber erkauft werden dadurch, daß die Unfallschäden bis 20 % überhaupt nicht entschädigt werden sollen. Die Unfallfürsorge müsse zu einem festen Bestandteile der Unfallversicherung gemacht werden. Durch den vorliegenden Entwurf erspare die Wirtschaft jährlich 21 Millionen.

Abg. Andre (Ztr.) bedauerte die wenig zustimmende Haltung des Vorredners. Durch die öffentlich-rechtliche Unfallversicherung sei doch ein erheblicher Fortschritt erzielt worden. Der Redner wünschte die Einbeziehung der sogenannten versicherungsfreien Berufe in die Unfallversicherung. Die kleinen Renten müßten in ihrem früheren Umfange wieder hergestellt werden. Im allgemeinen sei die Vorlage eine gute Grundlage für weitere Verhandlungen.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.) bezeichnete den Entwurf als ein Zeichen des ernsthaften Strebens des Reichsarbeitsministeriums, den schwierigen Verhältnissen der Wirtschaft Rechnung zu tragen und die der Unfallversicherung aus der Inflationszeit anhaltenden Mängel zu beseitigen.

Abg. Rädel (Komm.) lehnte die Vorlage als völlig unzureichend ab.

Abg. Ziegler (Dem.) sah in dem Entwurf nach mehr als einer Richtung eine Besserung. Man dürfe aber bei diesem ersten Schritt nicht stehenbleiben. Besonders seien die neuen Vorschriften für die Unfallverhütung zu begrüßen. Der Redner wandte sich dann gegen das geplante Fallenlassen der kleinen Renten unter 20 %. Die Vorlage wurde dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

In allen drei Lesungen wurde dann der von dem Abg. Becker-Hessen (D. Vp.) beantragte Gesetzentwurf wegen Aufrechterhaltung von Vorschriften des Kapitalfluchtgesetzes angenommen, die sonst mit dem heutigen Tage abgelaufen wären.

Der Handelsvertrag mit Guatemala wurde in allen drei Lesungen erledigt und das Gesetz über Änderung des Gesetzes

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF